

# FIS Briefing

1. März 2021

Nr. 17

## Wirtschaftszweige im Lockdown während der ersten Welle der Covid-19 Pandemie: ein Vergleich zwischen den Bundesländern

Dr. Hannah Zägel (Humboldt-Universität zu Berlin)  
Prof. Dr. Emanuela Struffolino (Humboldt-Universität zu Berlin)  
Martin Gädecke (Humboldt-Universität zu Berlin)

Das vorliegende FIS-Briefing gibt einen Überblick über die Wirtschaftszweige, die während der ersten Welle der Covid-19-Pandemie geschlossen wurden und wie viele Beschäftigte in den Bundesländern direkt von diesen Schließungen betroffen waren. Der Bericht ist aus dem FIS-geförderten Corona-Forschungsprojekt KOMPAKK hervorgegangen, das die Akkumulation und Kompensation von wirtschaftlichen Risiken in Haushalten während der Covid-19-Pandemie in Deutschland untersucht.

### 1. Forschungsergebnisse und Daten

#### a. Motivation

Eine große und schnell wachsende Zahl von Studien zeigt die schwerwiegenden sozialen und ökonomischen Folgen der staatlichen Maßnahmen, die zur Eindämmung der Ausbreitung des Covid-19-Virus im März und April 2020 in Deutschland eingeführt wurden. Allerdings gibt es bisher kaum systematische Analysen innerdeutscher Unterschiede. Das föderalistische System in Deutschland überlässt die Entscheidung über die Umsetzung von Verordnungen des Bundes den Bundesländern. Dies bedeutete, dass die 16 Bundesländer im Verlauf der Pandemie einzelne Verordnungen über Maßnahmen erließen, die insgesamt der Empfehlung der Bundesregierung folgten, aber auch einige Besonderheiten aufwiesen.

#### b. Der "KOMPAKK index of economic sectors closure during the first wave of COVID-19"

Wir berücksichtigen alle Dekrete, die von den einzelnen Bundesländern zwischen dem 15. März und dem 17. April 2020 erlassen wurden, und damit in einigen Fällen die vollständige und in anderen eine teilweise Schließung bestimmter Wirtschaftszweige verordneten. Wir haben die Wirt-

schaftszweige auf der Grundlage des Codes der NACE Rev. 2 - Ebene 4 - klassifiziert. Die Gesamtzahl der geschlossenen Wirtschaftszweige (NACE Rev. 2 aggregiert auf Ebene 3) lag zwischen 22 (Bayern, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Thüringen) und 25 (Mecklenburg-Vorpommern) der 272 Wirtschaftszweige. Um die Anzahl der von der Schließung nicht betriebsnotwendiger Betriebe unmittelbar betroffenen Personen zu ermitteln, haben wir die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit herangezogen. Unser so erstellter Datensatz sowie ein detaillierter Datenbericht stehen zum Download auf der [Projektwebseite](#) zur Verfügung.

### c. Beschäftigte in geschlossenen Wirtschaftszweigen

Abbildung 1 zeigt die Unterschiede im Anteil der Beschäftigten in geschlossenen Wirtschaftszweigen zwischen den Bundesländern in Deutschland. Die Bundesländer sind in Quartile eingeteilt, die zwischen etwa 8 und 13 Prozent liegen.

**F Abbildung 1: Anteil der Beschäftigten in geschlossenen Wirtschaftszweigen nach Bundesland**



Quellen: "KOMPAKK index of economic sectors closure during the first wave of COVID-19 database" und Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit 2021. NACE Rev.2 level 4. Absolute Anzahl der Beschäftigten (Alter 15-65) unter den Ländernamen; Q1-Q4 bezieht sich auf Quartile; Die Karte wurde hergestellt von Martin Gädecke unter Verwendung von services2.arcgis.com ([https://open-data-esri-de.opendata.arcgis.com/datasets/b8d0cc7735774bed8e6df1c5410394a4\\_0](https://open-data-esri-de.opendata.arcgis.com/datasets/b8d0cc7735774bed8e6df1c5410394a4_0))

Aus Abbildung 1 wird ersichtlich, dass die bevölkerungsmäßig größeren Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen die höchsten Zahlen an betroffenen Beschäftigten aufweisen. Gemessen am Anteil der Beschäftigten waren jedoch die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen stärker betroffen. Darüber hinaus erreichte der Anteil der betroffenen Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls 13 Prozent. In den westdeutschen Bundesländern war insgesamt ein etwas höherer Anteil der Beschäftigten (11 Prozent) von der Schließung betroffen als in den ostdeutschen Bundesländern (9,5 Prozent). In den Ballungsräumen der Stadtstaaten (Berlin, Bremen und Hamburg) fallen die Bereiche Beherbergung und Gastronomie bei der Zahl der von den Schließungen betroffenen Beschäftigten stark ins Gewicht. Dies ist auch in den großen Bundesländern mit Ballungsräumen der Fall. Im Vergleich dominieren hier jedoch andere Wirtschaftszweige. Mecklenburg-Vorpommern ist ein gutes Beispiel für den nicht-linearen Zusammenhang zwischen der Gesamtzahl der von der Schließung direkt betroffenen Beschäftigten und ihrem Anteil an den Gesamtbeschäftigten: In diesem Bundesland ist die Zahl der Beschäftigten in den geschlossenen Wirtschaftszweige vergleichsweise gering, macht aber einen großen Teil der Gesamtbeschäftigten aus.

## 2. Relevanz für Sozialpolitik und Gesellschaft

1. Unser neuer Datensatz bietet die Möglichkeit, die Auswirkungen der Lockdown-Maßnahmen in den Bundesländern systematisch zu evaluieren.
2. Die Lockdown-Verordnungen treffen auf länderspezifische Bedingungen hinsichtlich der Prävalenz und der Größe der Wirtschaftszweige sowie der Merkmale der typischerweise in diesen Segmenten arbeitenden Beschäftigten. Überall überwogen weibliche Beschäftigte in den geschlossenen Wirtschaftszweigen, aber geschlechtsspezifische Unterschiede waren in den Bundesländern mit den größeren Anteilen betroffener Beschäftigter insgesamt weniger stark ausgeprägt.
3. Wir erwarten regionale Unterschiede in der Entwicklung der wirtschaftlichen Risiken von Männern und Frauen während des Lockdowns, auf die sich regionale Verwaltungen in Hinblick auf Unterstützungsleistungen vorbereiten sollten.

## 3. Ausblick

In den nächsten Schritten unseres Projekts nutzen wir die neue Datenbank, um die wirtschaftlichen Risiken über die Bundesländer hinweg auf Haushaltsebene zu bewerten. Wir untersuchen, inwieweit Haushalte in der Lage waren, wirtschaftliche Unsicherheiten zu kompensieren.

Die Durchführung der Untersuchungen sowie die Schlussfolgerungen aus den Untersuchungen sind von den FIS-Geförderten in eigener wissenschaftlicher Verantwortung vorgenommen worden. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales übernimmt insbesondere keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Untersuchungen. Das Projekt wird über das Fördernetzwerk Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung FIS finanziell gefördert.